

Antragsteller: Juso-Landesvorstand  
Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Parteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion im Hessischen Landtag

## **Für einen progressiven Tierschutz. Jetzt.**

August Bebel war einer der ersten Sozialisten, die sich differenzierter mit dem Tierkonsum auseinandergesetzt haben\*. Er hat sich abwägend positiv gegenüber einer pflanzlichen Ernährung geäußert. Für ihn war, in Anbetracht der Mangelversorgung der Bevölkerung, "zeitweilig ein solides Beefsteak, eine gute Hammelkeule entschieden eine Verbesserung ihrer Nahrung". Eine Auseinandersetzung mit der dort begonnenen kritischen Ernährungspolitik ist sicherlich immer noch lehrreich. Doch hat sich die Zeit geändert.

Wir blicken zurück auf die Kämpferische Plädoyers für Tiere von Rosa Luxemburg und Willi Eichler, eine der ersten progressiven tierethischen Theorien, geschrieben von dem Genossen Leonard Nelson, die faschistische Instrumentalisierung des Tierschutzes, aber auch sozialistischen-sozialdemokratischen Widerstand mit vegetarischen Gaststätten im In- und Ausland, die Einbeziehung der Ausbeutung der Tiere in sozialistische Gesellschaftskritik, einen massiven Anstieg des Tierkonsums mit dem Wohlstandswunder, weiterhin miserable Arbeitsbedingungen in den Schlachtfabriken, massive Umweltprobleme durch Tierfabriken und einen hohen Flächenverlust durch Tierprodukte, den bereits August Bebel kritisiert hat.

Doch August Bebel schrieb auch: "Nichts ist »ewig«, weder in der Natur noch im Menschenleben, ewig ist nur der Wechsel, die Veränderung."

Noch bei der Bundestagswahl 1998 schrieben wir lediglich "Wir wollen den Tierschutz verbessern" in unser Wahlprogramm, doch in den letzten Jahren haben wir uns intensiver mit dem Schutz von Tieren beschäftigt. Lasst uns über die Käfiggröße hinausdenken, lasst uns grundsätzlicher werden und Alternativen zu Produktion, Gewalt und Konsum von und an Tieren nicht länger klein halten, sondern so gut es geht unterstützen. Eine andere Welt für Menschen und Tiere ist möglich, wenn wir es wollen.

Die Zeit ist reif für einen progressiven Tierschutz.

## **Für eine Wende in der Agrarpolitik**

Die aktuelle Agrarpolitik ist höchst problematisch. Sie schadet Erzeuger\*innen und Konsument\*innen, der Umwelt und der Natur und den Tieren. Wenn über 765 Millionen Tiere im Jahr geschlachtet werden, muss sich dringend etwas ändern:

- Wir unterstützen die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, die Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU von der 1. ("Direktzahlungen") in die 2. Säule ("Ländliche Entwicklung") zu verschieben, um sie so auch für Tierschutzmaßnahmen nutzen zu können.
- Ein Fokus muss hierbei auf der pflanzlichen Landwirtschaft liegen, insbesondere bei Proteinpflanzen wie z.B. Lupinen, welche eine tierschutzgerechte und umweltfreundliche Alternative zu Tierprodukten darstellen.
- Wir wollen keine direkte oder indirekte Export-Subventionierung von Fleisch.
- Es sind an hessischen Hochschulen Professuren für pflanzliche Landwirtschaft einzurichten, z.B. am Fachbereich Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen.
- Wir fordern die Einrichtung einer Professur für pflanzliche Ernährung an der Universität Gießen, die durch die räumliche Nähe zum Institut für alternative Ernährung (IFANE) dazu beitragen könnte, die ernährungswissenschaftliche Kompetenz der pflanzlichen Ernährung in Hessen zu stärken.
- Subventionen für Stallbauten sind nur noch für Ställe mit besonders hohen Tierschutzleistungen im Rahmen des gesetzlichen Mindeststandards zu gewähren, die massiv zu steigern sind.
- Auch fordern wir Maßnahmen, um Betrieben die Umstellung von der Tierproduktion auf Pflanzenproduktion zu erleichtern.

---

\* [Die Frau und der Sozialismus, 27. Kapitel, Freie Entwicklung der Persönlichkeit]

## **Änderung des Immissionsschutzrechts für den Bereich der „Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse“**

Ab einer bestimmten Anzahl von Tieren in Tierhaltungseinrichtungen wie etwa Hähnchenmastanlagen sind Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG bzw. der 4. BImSchV zum BImSchG zur Errichtung und dem Betrieb der Anlagen durchzuführen. Diese Verfahren unterscheiden sich in vereinfachte Verfahren, die ohne und in Verfahren, die unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen sind. Der Unterschied zwischen den Verfahrensarten liegt insbesondere in einer längeren Verfahrensdauer, der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens und ggf. eines Erörterungstermins mit Einwender\*innen beim Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Verfahrensart ist abhängig von der Anzahl der Tiere. So besteht derzeit zum Beispiel erst ab einer Anzahl von 15.000 Hennenplätzen eine Verpflichtung zur Durchführung eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens (bei weniger Plätzen sind in der Regel baurechtliche Genehmigungen erforderlich). Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung wären in diesen Fällen erst ab 40.000 Hennenplätzen geboten.

- Wir fordern das Herabsetzen der Mengengrenzen zur Erreichung eines Verfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung sowie eine bereits bei einer niedrigeren Anzahl von Tieren einsetzende Verpflichtung, ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz durchzuführen.
- Mit Höchstgrenzen für Tiermastanlagen (abhängig von der Tier- und Anlagenart) wollen wir große Massentierhaltungsanlagen verhindern.
- Das Anheben der Regelüberwachungen auf einen Rhythmus von maximal drei Jahren soll Verstöße schneller aufdecken. Bei Beschwerden aus der Bevölkerung soll weiterhin, wie derzeit schon praktiziert, eine sofortige Überwachung stattfinden. Zur Sicherstellung dessen ist das Personal in den Überwachungsbehörden dringend aufzustocken.

## **Verbandsklage und Schwerpunktstaatsanwaltschaften einführen**

Die SPD ist weiterhin stolz auf die Einführung des Staatsziels Tierschutz, wenngleich selbst moderate Tierschutzorganisationen wie der Tierschutzbund eher enttäuscht sind. Die Einführung des Verbandsklagerechts ist überfällig. Bis sich die SPD auf Bundesebene durchgesetzt hat, ist das Verbandsklagerecht auf Landesebene voranzubringen, die Hessen-SPD hat sich daher richtigerweise im Regierungsprogramm 2013 für die Verbandsklage ausgesprochen. Des weiteren müssen wir sicherstellen, dass es bei begründeten Anzeigen auch zur Anklageerhebung kommt.

- Für uns muss das Verbandsklagerecht bestehend aus Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen, insbesondere die Anfechtungs-, Verpflichtungs- und allgemeine Feststellungsklage umfassen.
- Die Einführung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu Tierschutz in Hessen ist notwendig, damit Verstöße gegen den Tierschutz auch wirklich verfolgt werden.

## **Amtsveterinär\*innen endlich unterstützen**

Durch eine geringe Personaldecke und ein gestiegenes Aggressivitätspotential bei den Betreiber\*innen sind die Amtstierärzt\*innen und Tiergesundheitsaufseher\*innen im Vollzug des Tierschutzgesetzes vielfältigen psychischen Belastungen ausgesetzt. Auch fehlt oftmals die politische Unterstützung. Verstöße gegen das Tierschutzgesetz dürfen jedoch von politisch verantwortungstragenden nicht länger verharmlost werden. Der Tierschutz ist nur so gut, wie seine Umsetzung.

- Oftmals können die Tierschutz-Regelkontrollen nicht durchgeführt werden. Eine Verdopplung der Stellen im Vollzug des Tierschutzgesetzes ist daher angebracht.
- Auch beim Regierungspräsidium Kassel muss eine Stelle für maschinenbautechnische Sachverständige geschaffen werden.
- Eine verpflichtende jährliche Supervision für Amtsveterinär\*innen und ein halbjährliches Angebot müssen eingeführt werden.
- Wir fordern die Beibehaltung des Deeskalationstrainings der LBT sowie die Schaffung einer psychologischen Beratung im Bedarfsfall auf Kosten des Landes.
- Wir plädieren für die Unterstützung der SPD für die Amtsveterinär\*innen gegen Lobbyismus der Tierhalter\*innen.

## **Amt der Landestierschutzbeauftragten weiter entwickeln**

Landestierschutzbeauftragte (LBT) gibt es bislang erst in Hessen, Baden-Württemberg, Berlin und im Saarland. Hessen war Vorreiter und wir sind sehr glücklich über die bisher geleistete Arbeit. Jetzt wollen wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten weiter entwickeln.

- Die /der LBT soll Unterrichts- und Kindergartenmaterialien zur Verfügung stellen, welche vor allem Alternativen zum Tierkonsum bekannt machen. Beides soll im Landestierschutzbeirat und in der Aussprache über den Bericht der LBT angesprochen werden.
- Das Amt der LBT soll um 2 Stellen aufgestockt werden. Die Sachmittel liegen derzeit bei ~ 26.000 € und sind mindestens zu verdoppeln.

## **Mehr pflanzliche Angebote in der Gastronomie**

Eine der wichtigsten Aufgaben eines progressiven und somit auch vorsorgenden Tierschutzes ist es, Alternativen zum Tierkonsum anzubieten und zu unterstützen, denn der Nicht-Konsum von Tieren ist der beste Tierschutz.

- Das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz oder die "Stiftung Hessischer Tierschutz" soll mit mindestens zusätzlichen 2 Millionen € für Kochschulungen, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ausgestattet werden, um pflanzliche Ernährung in Hessen zu unterstützen.
- Einrichtungen des Landes oder Einrichtungen, die maßgeblich durch das Land finanziert werden, ist die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten. Diese dürfen den Etat der Einrichtungen nicht belasten. Dem Gaststättengewerbe sind günstige oder kostenfreie Angebote zu machen.
- In Einrichtungen des Landes oder Einrichtungen, die maßgeblich durch das Land finanziert werden, ist sicherzustellen, dass es täglich mindestens ein vollwertiges pflanzliches Angebot gibt. Weitergehende Angebote sind wünschenswert, müssen aber im Einvernehmen mit den Konsument\*innen zur Verfügung gestellt werden.

## **Umdenken auch in Kindertagesstätten und Schulen**

"Der Ausbau der Ernährungsbildung an Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger Baustein, um die Veränderung von Konsumgewohnheiten zu fördern, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen", heißt es in unserem Regierungsprogramm aus dem Jahr 2013. Das ist richtig und muss eine kritische Darstellung von Tierfabriken beinhalten. Es kann nicht sein, dass wir unsere Kinder ständig mit Bauernhofbildern täuschen.

- In den Schulen brauchen wir einen Kochunterricht, in dem vegetarische und vegane Angebote mindestens gleichberechtigt neben anderen stehen.
- Eine Auseinandersetzung mit tierethischen Fragen und Tierpolitik im Ethik- und Politikunterricht ist dringend notwendig.

## **Pelztiere schützen**

Das Züchten und Töten von Tieren für die Pelzgewinnung ist nicht für die Sicherung elementarer Grundbedürfnisse des Menschen nötig und stellt keinen vernünftigen Grund gemäß §1 des Tierschutzgesetzes dar. Ein entsprechender Gesetzentwurf zum Verbot der Pelztier-Haltung wurde im Juli 2015 vom Bundesrat in Berlin beschlossen.

- Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die schnelle Beratung des Gesetzentwurfs zum Verbot von Pelzzüchtung im Bundestag einsetzen und diesen verabschieden.
- Die Einfuhr sowie der Verkauf von Echtpelz in Deutschland müssen ebenso verboten werden.
- Die Bundestagsfraktion muss sich umgehend dafür einsetzen, dass Ware mit Echtpelz zu kennzeichnen ist, solange das grundsätzliche Verbot in Bearbeitung ist.

# **Tierschutz auf kommunaler Ebene**

## **A. Tierschutzvereine nicht sich selbst überlassen**

Tierheime dienen insbesondere der Aufnahme von Fundtieren und der Vermittlung von domestizierten, aber alleingelassenen Tieren. In der Regel sind diese als gemeinnützige Tierschutzvereine organisiert und erhalten ihre Mittel hauptsächlich durch die anliegenden Kommunen und durch Mitgliedsbeiträge. Vielerorts stehen die Tierschutzvereine aber kurz vor der Insolvenz und sind massiv auf private Spenden angewiesen.

- Wir fordern eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung der kommunalen Tierheime durch das Land Hessen, gemessen an der Auslastung der Tierheime und der Größe des Landkreises, in dem sie ansässig sind. Ebenso sind auch Tiernothilfen finanziell zu unterstützen. Oftmals genügt ein Tierheim pro Landkreis nicht dem jeweiligen Bedarf und die Sicherstellung der Aufgaben kann durch derartige Initiativen erfolgen, die die Tiere in der Regel in Pflegestellen unterbringen.
- Wir fordern die Sicherstellung von mindestens einem Tierheim oder von mindestens einer Organisation wie einer Tiernothilfe pro Landkreis. Der Zusammenschluss von mehreren Landkreisen zu „Tierheimzentren“ ist abzulehnen.
- Fundtiere dürfen nicht in weit entfernte Sammelstellen gebracht werden, sondern sind möglichst in der Nähe des Fundortes aufzunehmen, da zum einen durch die weite Entfernung eine Rückkehr unwahrscheinlicher wird und durch die lange Strecke die Tiere unnötig unter Stress gesetzt werden. In der Regel wird dies durch das Tierheim im jeweiligen Landkreis erfolgen. Sollte eine private Pflegestelle jedoch näher am Fundort sein, so ist dies ebenfalls zuzulassen. Die Kosten für die Unterbringung von Fundtieren sind vom Land Hessen und nicht von den Kommunen zu tragen.
- Die staatliche Überwachung von Tierheimen und privaten Tierschutzinitiativen, die das Bereithalten von Pflegestellen beinhaltet, ist im Hinblick auf die festgelegten Mindeststandards zu erhöhen.
- Die Tierheime und Tierschutzvereine sind bei beabsichtigten Vernetzungen zu unterstützen. Häufig können hierdurch Pflegeengpässe aufgefangen werden.
- Wir fordern die Kennzeichnungspflicht von allen Tieren, insbesondere Hunden und Katzen, um zum einen eine Rückkehr zu Halter\*innen zu ermöglichen und zum anderen das verbotene Aussetzen von Tieren oder gar den Missbrauch an Tieren verfolgen zu können.

## **B. Verantwortung übernehmen - Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und Katern**

In Deutschland nimmt die unkontrollierte Vermehrung von Katzen immer weiter zu, was zu großem Tierleid und einem unangemessenen Eingriff in das heimische Ökosystem führt. Viele Tierhalter\*innen liegen falschen Tatsachenbehauptungen auf und kastrieren ihre Tiere bewusst nicht, um „ihnen den Spaß zu lassen“ und nicht „in die Natur einzugreifen“. Dabei handelt es sich um gefährliche Trugschlüsse.

- Wir fordern unsere Mandatsträger\*innen in den hessischen Kommunen auf, eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für frei laufende Katzen und Kater einzuführen.
- Finanzielle Mittel zur Kastration von streunenden Katzen und Katern sowie von Kastrationen und Kennzeichnungen von Tieren, deren Halter\*innen die Kosten nicht alleine bewältigen können, sind bereit zu stellen.

## **C. Keine Wildtiere im Zirkus**

In vielen Zirkusbetrieben werden nach wie vor Tiere wie Elefanten, Löwen oder Affen zur Unterhaltung des Publikums mitgeführt. Den Aufführungen gehen harte Trainingseinheiten voraus, die auch Misshandlungen der Tiere einschließen können. Da für die Tiere sowohl das Training als auch die häufigen Ortswechsel hohen Stress bedeuten, kam es in der Vergangenheit häufiger zu Ausbrüchen und damit verbunden bereits zu Verletzungen und Todesfällen von Trainer\*innen und Passant\*innen.

- Wir fordern die Empfehlung an alle hessischen Kommunen, Zirkussen mit Wildtieren keine Gastspielgenehmigung mehr zu erteilen und keine städtischen Flächen an solche Zirkusbetriebe zu vergeben.
- Zur Erzielung einer höheren Rechtssicherheit für die Kommunen wird die Hessen-SPD in einem ersten Schritt auf eine Änderung des Tierschutzgesetzes hinwirken, sodass ein bundesweites Verbot von Wildtieren in Zirkussen aufgenommen wird. In einem zweiten Schritt soll diese Regelung auch innerhalb der EU erreicht werden.

- Das Pony- oder Eselreiten auf Jahrmärkten oder anderen ähnlichen Veranstaltungen zur Unterhaltung von Kindern soll ebenso von den Kommunen nicht mehr zugelassen werden. Bei anderen Tieren sind verbindliche Mindeststandards einzuführen und einzuhalten.

#### **D. Haustiere artgerecht und verantwortungsbewusst halten**

In immer mehr Haushalten leben Hunde, Katzen oder Meerschweinchen etc. Mit regelmäßigem Füttern ist es aber nicht getan, um eine möglichst artgerechte Haltung der Tiere zu gewährleisten. Ebenso sind trotz der Beliebtheit die Tierheime nach wie vor, insbesondere mit Katzen und Hunden, überfüllt.

- Wir fordern die Einführung des Hundekundennachweises (häufig "Hundeführerschein" genannt) für alle Halter\*innen von Hunden, der eine Fachkunde zur Haltung und Erziehung von Hunden beinhaltet.
- Das Führen von Hunde-Rasselisten wird abgeschafft. Die Einteilung in gefährliche oder nicht gefährliche Hunde anhand der Rasse ist nicht nachvollziehbar und erfüllt nicht den Zweck, dass Menschen so besser geschützt werden können. Vielmehr sind die Menschen besser zu überprüfen und zu schulen, die Hunde halten.
- Es sind ausreichend "Hunde-Wiesen" zur Verfügung zu stellen, auf denen Hundehalter\*innen ihre Hunde frei laufen lassen können. Ebenso bedarf es in den Kommunen sog. "Dog-Stations" mit Hundekotbeuteln und Mülleimern zur Entsorgung der Hinterlassenschaften.
- Die Festlegung von Mindeststandards zur Haltung von Haustieren abhängig von der jeweiligen Tierart ist durch eine Expert\*innenkommission zu beschließen. Die Mindeststandards werden bei der Übergabe der Tiere durch ein Tierheim, eine Tiernothilfe oder eingetragene Züchter abgeprüft und im Tierschutzvertrag gefordert.
- Die derzeitigen Rassestandards insbesondere von Hunden und Katzen sind dringend zu überprüfen und fortlaufend zu kontrollieren. Sogenannte Qualzuchten, die lediglich einen für den Menschen ästhetischen Grund haben, die Lebensqualität der Tiere aber einschränken, werden verboten.
- Den Kommunen wird empfohlen, die derzeit bereits gängige Praxis der Unterscheidung bei der Erhebung der Hundesteuer beizubehalten und weiter auszubauen. So sind für Hunde, die mittels Tierschutzvertrag aus einem Tierheim oder einer Tiernothilfe übernommen werden, im ersten Jahr ihrer Haltung vielerorts keine Steuern zu entrichten. Darüber hinaus soll empfohlen werden, auch über das erste Jahr hinaus, die Halter\*innen von „Tierschutz-Hunden“ von der Steuer teilweise oder ganz zu befreien.
- Ein Verbot des gewerblichen Verkaufs von Haustieren, wie zum Beispiel Hasen, Meerschweinchen oder Mäusen in Baumärkten oder ähnlichen Geschäften, in denen Tiere jederzeit anonym gekauft werden können wird eingeführt. Bei jedem Kauf eines Tieres, beispielsweise in einem Fachgeschäft, bei einem Züchter oder eben aus dem Tierschutz, sind der Name und die Anschrift der Käufer\*innen zu erfassen.

### **Stark machen gegen Tierversuche**

Laut Drucksache Landtag Hessen 19/1214 ist die Anzahl der verwendeten Tiere in hessischen Hochschulen von 2010 bis 2013 von 61.000 auf 48.000 Tiere gesunken. Dies ist sicherlich ein Fortschritt, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass 48.000 Tiere immer noch 48.000 Tiere zu viel sind. Die Anstrengungen für Alternativen sind daher zu intensivieren.

- Wir fordern die Einrichtung eines sechsstelligen Sonderetats zur Förderung von Alternativmethoden zu Tierversuchen im Wissenschaftsministerium.
- Zudem muss ein verbindliches Gesamtkonzept mit definierten Maßnahmen und Zielen zur wirksamen Einschränkung und letztlich zum zeitnahen Ausstieg aus dem Tierversuch vorgelegt werden.
- Wo immer Tierversuche durchgeführt werden, muss das 3 R Prinzip (Replacement (Vermeidung), Refinement (Verfeinerung), Reduction (Verringerung)) streng durchgeführt und überwacht werden.
- Einführung von obligatorischen Lehrangeboten zu tierversuchsfreien Verfahren in den Studienfächern der Lebenswissenschaften. Diese müssen einen eigenen Etat erhalten.
- Jährliche Prämierung der besten Abschlussarbeiten in der Entwicklung tierversuchsfreier Methoden.
- Die Tierschutzbeauftragten an den Hochschulen sollen über den "Stand der Entwicklung **zur Vermeidung von Tierversuchen**" berichten. Diese Berichte müssen veröffentlicht werden. Sie müssen außerdem dokumentieren, was zur Vermeidung von Tierversuchen getan wurde und was bis zum nächsten Bericht geplant ist.

## Verbraucher\*innenschutz ausbauen

Im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung fordert die SPD, gesunde und erschwingliche Lebensmittel als soziales Grundrecht. Die Forderung nach "erschwinglichen Lebensmittel" darf aber nicht mit "billigen Lebensmitteln" einhergehen. Denn Fleischkonsum muss seinen Preis haben, wenn dieser nicht mit gesundheitlichen Konsequenzen für die Verbraucher\*innen verbunden sein soll. Darüber hinaus müssen wir auch dem steigenden Trend Rechnung tragen, dass immer mehr Menschen versuchen, tierische Produkte zu meiden.

- Wir wollen eine einheitliche europäische Kennzeichnung für vegetarische und vegane Produkte.
- Milchprodukte aus Soja, Hafer und Reis sollen ebenfalls mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert werden. Sie sollen auch unter den Bezeichnungen "Sojamilch, Hafermilch, Reismilch" verkauft werden dürfen.
- Wir wollen über die Folgen des Tierkonsums aufklären und diesen dadurch einschränken.
- Wir wollen ein Verbot von irreführender Werbung: Es darf keine "glücklichen Weidenkühe" auf Massentierhaltungsmilch geben!

## Progressiver Tierschutz nur mit der SPD

Die Ernährungsangebote bei Parteiveranstaltungen sind sehr tierlastig. Auch fehlt es bislang an einer institutionalisierten Arbeit für einen progressiven Tierschutz. Das wollen wir ändern.

- Wir wollen eine überwiegende Versorgung mit pflanzlichen Angeboten bei Parteiveranstaltungen.
- Wird bei der Anmeldung zu Veranstaltungen der SPD der Ernährungswunsch abgefragt, sind die Optionen vegetarisch, vegan und fleischhaltig gleichberechtigt nebeneinander zu stellen.
- Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, einen Beirat bzw. ein Forum für Tierpolitik einzurichten.

## Unsere Partner\*innen

Leider gibt es auch im Tierschutz Akteur\*innen und Organisationen, mit denen eine Zusammenarbeit für die SPD nicht möglich ist. Und es gibt naheliegende Akteur\*innen, wie bspw. den Tierschutzbund, den BUND, die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), die Labour Animal Welfare Society (LAWS), die Sozis für Tiere (SFT) oder auch die Naturfreunde.

- Eine Zusammenarbeit mit Holocaust relativierenden, antisemitischen, sexistischen oder verschwörungstheoretischen Akteur\*innen und Organisationen lehnen wir ab und wollen über diese aufklären. Für uns kann es kein "Hauptsache für die Tiere" geben.
- Wir wollen demokratische Organisationen bevorzugen.

## Begründung

Erfolgt mündlich